VORWORT DES PRÄSIDENTEN

Daniel Bichsel
VBG-Präsident

Frage an alle Gemeinde-Politikerinnen und -politiker, die dieses VBG-Info lesen: Sind Sie auch schon angefeindet worden wegen Ihres politischen Engagements? Ich meine: Wirklich angefeindet worden. Auf der Strasse angepöbelt. Beim Verteilen von Wahlpropaganda dumm angemacht oder angerempelt worden. Anonyme Briefe oder E-Mails erhalten mit beleidigendem Inhalt, mit Beschimpfungen oder sogar Drohungen.

Falls es so ist: Sie sind in guter Gesellschaft. Es ist zwar nicht wirklich ein Trost. Aber gemäss einer aktuellen Studie der Universität Zürich geht es in der Schweiz jedem zweiten Politiker und jeder zweiten Politikerin auf Gemeindeebene so. Auf kantonaler Ebene sind es drei Viertel, und auf nationaler Ebene erleben praktisch alle, die ein politisches Mandat ausüben, mehr oder weniger weitgehende Anfeindungen.

«Shitstorms, Morddrohungen, Sprengstoffattacken: wie Politikerinnen und Politiker tagtäglich angefeindet werden». So titelte die NZZ, als sie über die Studie berichtete. Solch drastische Vorfälle sind zwar auf Gemeindeebene zum Glück noch eher selten. Hier wirkt der «Schutz der Nähe» noch ein bisschen besser. Hier kennt man sich noch eher. Das hilft oft, auch dann noch den Respekt zu wahren, wenn man nicht einverstanden ist mit den Ideen eines andersdenkenden Politikers.

Aber trotzdem: Die Entwicklung beunruhigt. Es ist einfach geworden, im Internet Gerüchte zu streuen oder die Kommentarspalten von allerlei Kanälen der Social-Media-Welt mit anonymen Diffamierungen und aggressiven Hasstiraden zu füllen. Und dass es auch auf der ganz grossen Bühne der Weltpolitik mittlerweile zum guten Ton gehört, möglichst grobschlächtig und rüpelhaft mit dem politischen Gegner umzugehen, motiviert auch nicht unbedingt zu anständiger demokratischer Auseinandersetzung.
Man muss nicht mit allem und jedem einverstanden sein. Die Politik – jedenfalls die demokratische – lebt ja gerade

davon, dass verschiedene Ideen im Wettbewerb zueinanderstehen. Dass die Vielfalt der Meinungen sicht- und hörbar wird. Und dass letztlich das Argument gewinnt, das von der Mehrheit als das bessere wahrgenommen wird.

Das funktioniert aber nur, solange Menschen bereit sind, sich in der Lokalpolitik zu engagieren. Und wer sich in der Politik engagiert, exponiert sich auch. Es braucht vielleicht manchmal sogar Mut, sich an einer Gemeindeversammlung oder in einem Parlament für oder gegen etwas einzusetzen. Dass da einem dann und wann der Gegenwind der öffentlichen Kritik entgegenwehen kann, wenn man unpopuläre Anliegen vertritt, gehört dazu. Aber wenn ein solches Amt automatisch mit Anfeindungen, Anpöbeleien oder Bedrohungen verbunden ist, dann ist etwas schiefgelaufen. Und dann muss man sich auch nicht wundern, wenn es zusehends schwieriger wird, geeignete Leute für Gemeindeämter zu finden. Zu oft hört man dann: «Das muss ich mir nicht antun.»

Es gibt zum Glück auch die andere Seite: Es gehört wohl zu den sinnstiftendsten und befriedigendsten Aufgaben, den Rahmen für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft und die Entwicklung einer Gemeinde mitgestalten zu können. Für Geld engagiert man sich nicht in der Lokalpolitik – und auch nicht in Gemeindeverwaltungen. Sondern deshalb, weil man eine Idee oder vielleicht sogar eine Vision hat, unter welchen Bedingungen die Bevölkerung in einer Gemeinde leben können soll. Damit diese Ideen und Visionen auf dem Marktplatz der Politik feilgeboten werden, braucht es eine politische Kultur, die dazu einlädt, sich zu exponieren – ohne befürchten zu müssen, dass es unappetitlich wird.

Politik machen soll auch Spass und Freude bereiten. In den bernischen Gemeinden ist das zum Glück nach wie vor meistens so. Zu dieser Kultur müssen wir aber auch Sorge tragen und Entgleisungen, wenn sie denn vorkommen, entschieden entgegentreten. Dann macht Gemeindepolitik auch in Zukunft Spass und Freude.

Ich wünsche Ihnen frohe Festtage und einen guten Jahreswechsel.

Daniel Bichsel, Präsident VBG